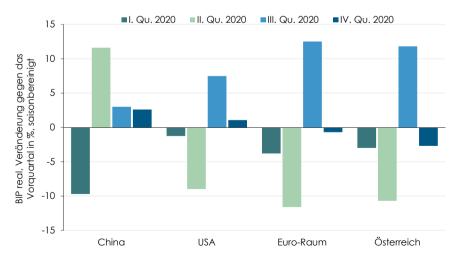
Stärkster BIP-Einbruch seit 1945

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2020

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Christine Mayrhuber, Silvia Rocha-Akis

- Die COVID-19-Pandemie beeinträchtigte 2020 empfindlich die weltweite Wirtschaftsaktivität.
- Österreich erlebte die kräftigste Rezession seit der Nachkriegszeit und einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit.
- Ab Mitte März 2020 setzte die österreichische Bundesregierung gesundheitspolitische Maßnahmen. In Reaktion auf das Infektionsgeschehen wurden diese im Laufe des Jahres abwechselnd gelockert und wieder verschärft.
- Die Maßnahmen schränkten insbesondere in den Bereichen Beherbergung und Gastronomie, Verkehr, Handel und sonstige Dienstleistungen die Wirtschaftstätigkeit ein. Auch der private Konsum ging 2020 stark zurück.
- Die Industriekonjunktur brach in der ersten Jahreshälfte ein, erholte sich aber ab dem Sommer.
- Eine hohe Inanspruchnahme der Kurzarbeit dämpfte den Anstieg der Arbeitslosigkeit und stabilisierte die Einkommen der betroffenen Personen.
- Die Inflationsrate betrug 2020 1,4% und war damit geringer als 2018 und 2019.

Wirtschaftswachstum im Jahr 2020 in ausgewählten Regionen



Die COVID-19-Pandemie führte sowohl international als auch in Österreich zu einem drastischen Einbruch der Wirtschaftsleistung (Q: Eurostat, OECD, Statistik Austria, Macrobond).

"Die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2020 stand im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Aufgrund des früheren Auftretens des Virus in China sank das BIP dort bereits im I. Quartal deutlich; danach folgte eine Erholung. In den USA, im Euro-Raum und in Österreich wurde der Tiefpunkt hingegen im II. Quartal erreicht."

Stärkster BIP-Einbruch seit 1945

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2020

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Christine Mayrhuber, Silvia Rocha-Akis

Stärkster BIP-Einbruch seit 1945. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2020

Die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung prägten 2020 die Wirtschaftsentwicklung. In Österreich ging die Wirtschaftsleistung drastisch zurück. Am stärksten betroffen waren Tourismus, Verkehr, Handel, persönliche Dienstleistungen sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Auch der private Konsum war deutlich geringer als 2019. Die Ausweitung der Kurzarbeitsprogramme stützte die Beschäftigung und damit die Pro-Kopf-Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit. Die COVID-19-Krise wirkte sich auch auf die Inflationsentwicklung aus: Unverarbeitete Nahrungsmittel und Dienstleistungen verteuerten sich, während Mineralölprodukte den Preisauftrieb dämpften.

Strongest Slump in GDP since 1945. The Austrian Economy in 2020

Economic development in 2020 was driven by the COVID-19 pandemic and the restrictions imposed to contain it. The Austrian economy recorded a massive slump. Private consumption was hit particularly hard, as were tourism, transport, trade, personal services and cultural and leisure facilities. The expansion of short-time working regimes supported per capita incomes. The COVID-19 crisis also had an impact on inflation, with unprocessed food and services becoming more expensive, while petroleum products dampened price increases.

JEL-Codes: E32, E66 • Keywords: Konjunkturbericht

Begutachtung: Stefan Ederer • Wissenschaftliche Assistenz: Martina Einsiedl (martina.einsiedl@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at), Doris Steininger (doris.steininger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 14. 4. 2021

Kontakt: Mag. Dr. Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Dr. Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Mag. Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steindl@wifo.ac.at), Mag. Christine Mayrhuber (christine.mayrhuber@wifo.ac.at), Mag. Dr. Silvia Rocha-Akis (silvia.rocha-akis@wifo.ac.at)

1. Einleitung

Die COVID-19-Pandemie führte 2020 zu einem drastischen Einbruch der Weltwirtschaft. Das SARS-CoV-2-Virus trat erstmals Ende 2019 in China auf. Die wirtschaftlichen Schäden waren zunächst lokal begrenzt und ainaen auf Produktionsausfälle zurück. Die rasche Ausbreitung des Virus und Einschränkungen der Wirtschaftstätigkeit durch gesundheitspolitische Maßnahmen bewirkten jedoch bereits im Frühjahr 2020 einen kräftigen Rückgang der globalen Industrieproduktion, des Welthandels, des Tourismus und der Rohstoffpreise.

Zu den Maßnahmen, die im Laufe des I. Quartals 2020 international und in Österreich ergriffen wurden, zählten u. a. Bewegungs- und Reisebeschränkungen, Veranstaltungsverbote sowie Geschäfts- und Schulschließungen. Ab dem Frühsommer wurden die Maßnahmen in vielen Ländern gelockert, im Spätherbst aufgrund eines neuerlichen Anstieges der COVID-19-Infektionen allerdings abermals verschärft.

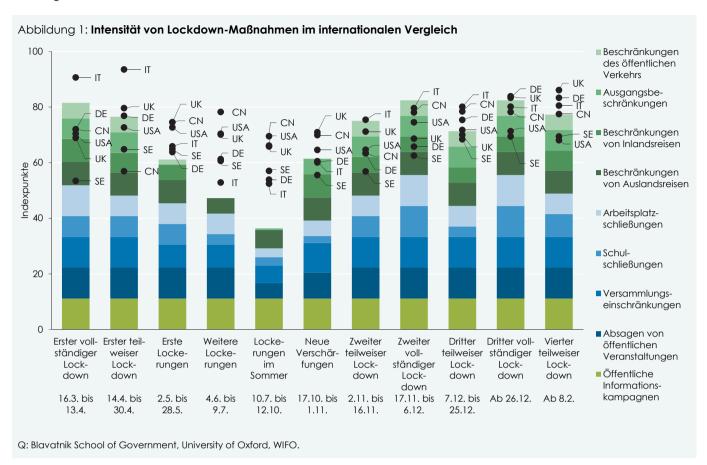
Wie ein internationaler Vergleich der Intensität von behördlichen Maßnahmen im Zeitverlauf zeigt, setzten die einzelnen Länder weitgehend gleichlaufend Verschärfungen bzw. Lockerungen (Abbildung 1). Sie orientierten sich dabei an der wellenförmigen Entwicklung des Infektionsgeschehens. Die Intensität der Maßnahmen war allerdings unterschiedlich hoch.

Die jeweiligen gesundheitspolitischen Einschränkungen wirkten sich stark auf die wirtschaftliche Dynamik im In- und Ausland aus und beeinträchtigten sowohl angebots- als auch nachfrageseitig merklich die Wirtschaftsaktivität, insbesondere im 1. Halbjahr 2020. Im Sommer folgte eine kräftige Erholuna.

Der vorliegende Beitrag analysiert in einem Rückblick das Wirtschaftsgeschehen in Österreich und weltweit mit Fokus auf die heimische Lohn-, Konsum- und Preisentwicklung. Eine Detailanalyse zu den Bereichen

Geld- und Finanzmärkte findet sich bei *Peka-nov* (2021B, in diesem Heft). Berichte zur Entwicklung von Industrie, Außenhandel und

Arbeitsmarkt folgen im Heft 5/2021 der WIFO-Monatsberichte.



2. Internationale Wirtschaft: Einbruch auf breiter Basis

Die Weltwirtschaft stand 2020 ganz im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Die globale Wirtschaftsaktivität nahm im 1. Halbjahr deutlich ab. Der Welthandel verzeichnete im II. Quartal einen drastischen Einbruch, erreichte jedoch im November – nach einem kräftigen Rebound im Sommer – wieder das Vorkrisenniveau (2020 –5,3%). Die Industrieproduktion wies eine ähnliche Dynamik auf. Durch Produktionsausfälle waren internationale Lieferketten unterbrochen. In der zweiten Jahreshälfte setzte jedoch auch hier eine Erholung ein (Abbildung 2).

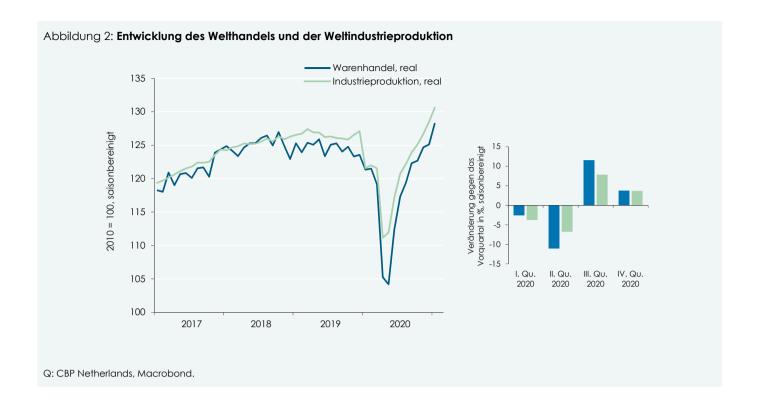
2.1 Wirtschaftsaktivität in den meisten Volkswirtschaften eingebrochen

Bis auf China verzeichneten 2020 alle wichtigen Handelspartner Österreichs einen Rückgang der Wirtschaftsleistung (Übersicht 1). In China war das BIP im I. Quartal gesunken, es erholte sich jedoch im Jahresverlauf und erreichte bereits Ende 2020 wieder das Vorkrisenniveau. Andere asiatische Länder profitierten von der raschen Erholung der chinesischen Wirtschaft.

Die internationale Wirtschaftsentwicklung wurde vor allem durch den Konsumrückgang im II. Quartal geprägt. Während die Industrieproduktion bereits ab der Jahresmitte wieder wuchs, waren der private Konsum und die Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich in vielen Ländern auch zum Jahresende rückläufig.

In den USA sank das BIP 2020 um 3,5%. Die Arbeitslosenquote stieg in der ersten Jahreshälfte deutlich und lag im Dezember mit 6,7% um mehr als 3 Prozentpunkte über dem Tiefststand von Februar 2020.

Im Euro-Raum schrumpfte die Wirtschaftsleistung 2020 um 6,6%, in der EU 27 um 6,2%. Nach dem historischen Einbruch im II. Quartal wurde im III. Quartal ein kräftiger Rebound verzeichnet. Im IV. Quartal stagnierte das BIP. Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, führten einige Länder (z. B. Deutschland, Frankreich und Italien) Kurzarbeitsprogramme ein oder weiteten bestehende Programme aus. Dies sollte Beschäftigungsverluste und den Anstieg der Arbeitslosigkeit dämpfen. Die Arbeitslosenquote stieg im Euro-Raum von 7,5% im Jänner auf 8,2% im Dezember 2020. Im September lag sie vorübergehend bei 8,7%.



Übersicht 1: Wirtschaftswachstum der wichtigsten Handelspartner Österreichs

	Gewichte	2019 in %	2016	2017	2018	2019	2020
	Waren- exporte ¹)	BIP ²)	٧	eränderung	g gegen do	as Vorjahr ir	n %
EU 27	66,7	15,4	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,6	- 6,2
Euro-Raum	51,5	12,5	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 1,3	- 6,6
Deutschland	29,3	3,5	+ 2,2	+ 2,6	+ 1,3	+ 0,6	- 4,9
Italien	6,4	2,0	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,3	- 8,9
Frankreich	4,4	2,4	+ 1,1	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,5	- 8,1
MOEL 5 ³)	14,7	1,8	+ 2,8	+ 4,7	+ 4,7	+ 3,8	- 3,9
Ungarn	3,6	0,2	+ 2,1	+ 4,3	+ 5,4	+ 4,6	- 5,0
Tschechien	3,5	0,3	+ 2,5	+ 5,2	+ 3,2	+ 2,3	- 5,6
Polen	3,4	1,0	+ 3,1	+ 4,8	+ 5,4	+ 4,5	- 2,7
USA	6,7	15,9	+ 1,7	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,2	- 3,5
Schweiz	5,0	0,5	+ 2,0	+ 1,6	+ 3,0	+ 1,1	- 2,9
Vereinigtes Königreich	2,9	2,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,4	- 9,9
China	2,9	17,4	+ 6,8	+ 6,9	+ 6,7	+ 6,0	+ 2,3
Insgesamt, kaufkraftgewichtet ⁴)		52	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,2	- 2,7
Insgesamt, exportgewichtet ⁵)	84		+ 2,1	+ 2,8	+ 2,3	+ 1,7	- 5,7

Q: Eurostat, Macrobond, OECD, WIFO-Berechnungen. – 1) Anteile an den österreichischen Warenexporten. – 2) Anteile am weltweiten BIP, kaufkraftgewichtet. – 3) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – 4) EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2019. – 5) EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2019.

Die COVID-19-Krise betraf alle Volkswirtschaften in der EU, allerdings unterschiedlich stark. Die Konjunktur der EU-Mitgliedsländer entwickelte sich 2020 weitgehend gleichförmig, wobei der Tiefpunkt im II. Quartal erreicht wurde; Einbruch wie Erholung der Wirtschaftsleistung fielen allerdings unterschiedlich kräftig aus. Das ist nicht nur auf Unterschiede in der Intensität von nationalen gesundheitspolitischen Maßnahmen (sowie deren Veränderung), sondern auch auf strukturelle Faktoren zurückzuführen, etwa auf den Anteil des Tourismus an der gesamten Wertschöpfung (Schiman, 2021). So ging das BIP

in Spanien (–11%), Italien (–8,9%), Frankreich (–8,1%) und Portugal (–7,6%) vergleichsweise stark zurück, in Litauen (–0,9%), Luxemburg (–1,3%), Polen (–2,7%) und Schweden (–2,8%) war der Einbruch dagegen deutlich milder. In Deutschland sank das BIP um 4,9%. Auch die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs wurde heftig von der COVID-19-Krise getroffen und schrumpfte um 9,9%. Mit 1. Jänner 2020 wurde der Brexit vollzogen.

Eine expansive Fiskal- und Geldpolitik verhinderte 2020 einen noch tieferen Einbruch der Wirtschaftsleistung (für Details siehe *Pekanov*, 2021A). Die EZB weitete dazu bestehende Maßnahmen aus und führte zusätzlich neue Programme ein. Der Hauptrefinanzierungssatz blieb 2020 unverändert bei 0,0%, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei –0,5%.

Der Inflationsdruck (HVPI) nahm im Euro-Raum im Jahresverlauf ab. Nachdem die Preise in der ersten Jahreshälfte 2020 noch moderat angestiegen waren, setzte ab August eine deflationäre Entwicklung ein. Im Jahresdurchschnitt betrug der Preisauftrieb 0,3%.

2.2 Rückgang der Rohstoffpreise

Da sich die OPEC+-Länder (13 OPEC-Länder und 10 weitere wichtige Rohölproduzenten) bei ihrem Treffen Anfang März 2020 weder auf den Minimalkonsens einer Verlängerung der bestehenden Förderquoten noch auf eine Einschränkung der Fördermengen einigen konnten, entbrannte ein Preiskampf. Saudi-Arabien kündigte eine Ausweitung der Erdölförderung an, wodurch es zu einem angebotsbedingten Preisverfall kam. Die weltweite Verbreitung des COVID-19-Virus und die allerorts ergriffenen gesundheitspolitischen Maßnahmen verstärkten die Erwar-

tung einer globalen Rezession, was die Nachfrage nach Rohstoffen, im Besonderen nach Rohöl, zusätzlich einbrechen ließ. Als Folge stürzte der Ölpreis der Sorte Brent bis 21. April 2020 auf 9 \$ je Barrel ab und erreichte damit den niedrigsten Wert seit Dezember 19981). Aufgrund dieses Preisverfalls und einer Intervention der Präsidenten der USA und Russlands wurde beim OPEC+-Treffen im April eine Einigung auf eine Kürzung der Fördermenge erzielt. Diese sollte ab Mai um rund 10 Mio. Barrel pro Tag sinken (rund -10%), was eine Trendumkehr in der Rohölpreisentwicklung einleitete; bis Jahresende 2020 verteuerte sich die Sorte Brent wieder auf 50 \$ je Barrel. Im Jahresdurchschnitt sank der Rohölpreis dennoch von 64,3 \$ je Barrel (2019) auf 41,8 \$ (2020) je Barrel (-35%).

Getragen von der Rohölpreisentwicklung gingen 2020 die Rohstoffpreise laut HWWI um gut 27% zurück (Euro-Basis; Dollarbasis –25,6%). Trotz des Anstieges in der zweiten Jahreshälfte lag der Index im IV. Quartal immer noch um 21,7% unter dem Vorjahreswert (Euro-Basis; Dollarbasis –15,6%). Die Preise für industrielle Rohstoffe nahmen im Jahresdurchschnitt um 3,2% zu, wobei sie im 1. Halbjahr aufgrund des Wirtschaftseinbruchs fielen und im Zuge des Rebound ab dem III. Quartal wieder deutlich zulegten.

Der Rohölpreis fiel Ende April 2020 mit rund 20 \$ auf das niedrigste Niyeau seit 2002.



¹) Für die Sorte West Texas Intermediate (WTI) kam es am 20. April 2020 zum bisher einmaligen Ereignis eines negativen Ölpreises: Im Handelsverlauf fiel der WTI-Kurs auf –40 \$, d. h. Verkäufer waren bereit, den Abnehmern 40 \$ zu bezahlen, um nicht auf der Ware aus

ihren Futures-Kontrakten für die Lieferung im Mai 2020 sitzen zu bleiben. Hauptgrund dafür war, dass der 20. April der letzte Handelstag für diese Kontrakte war. Die Lagerkapazitäten waren schon sehr stark ausgelastet (und damit teuer).

3. Österreich

3.1 Drastischer Einbruch der Wirtschaftsleistung

Mit der Verbreitung der COVID-19-Pandemie in Österreich und den gesundheitspolitischen Maßnahmen sank die heimische Wirtschaftsaktivität erheblich.

Der WWWI ist ein neues Instrument zur wöchentlichen Einschätzung der wirtschaftlichen Aktivität in Österreich. Im Zuge der COVID-19-Krise ging die österreichische Wirtschaftsleistung 2020 gegenüber dem Vorjahr kräftig zurück (real -6,6%; nominell -5,5%), noch stärker als 2009 während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (-3,8%). Durch die Verbreitung der COVID-19-Pandemie in Österreich sank das heimische BIP bereits im I. Quartal 2020 merklich (-3,0% gegenüber dem Vorquartal). Zur Eindämmung des Infektionsgeschehens wurde ab Mitte März (Kalenderwoche 12) das öffentliche und wirtschaftliche Leben im Zuge des ersten vollständigen Lockdown stark eingeschränkt. Der Handel (mit Ausnahme von Lebensmittelgeschäften, Apotheken, Drogerien und Postämtern) musste ebenso schlie-Ben wie Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe, persönliche Dienstleister (wie z. B. Frisöre) und Schulen. Die Maßnahmen konnten im Laufe des II. Quartals schrittweise gelockert werden. Konsumrelevante Bereiche wie Tourismus, Verkehr, Handel, persönliche Dienstleistungen, sowie Kunst, Unterhaltung und Erholung waren von den Schließungen besonders stark betroffen. Das BIP sank im II. Quartal 2020 auf breiter Basis: der Rückgang betrug -10,7% gegenüber dem Vorquartal – der kräftigste Einbruch seit der Nachkriegszeit. Öffnungsschritte über den Sommer führten im III. Quartal zu einem kräftigen Rebound (+11,8%). Vor allem im Konsum der privaten Haushalte, aber auch bei den Investitionen und im Außenhandel unterstützten Nachholeffekte eine Erholung.

Im Herbst stiegen die Infektionszahlen wieder an, wodurch es ab Anfang November 2020 (Kalenderwoche 45) erneut zu Einschränkungen im Beherbergungs- und Gaststättenwesen kam, die in der Folge verschärft und auf weitere Branchen ausgedehnt wurden (zweiter vollständiger Lockdown in den Kalenderwochen 47 bis 49). Die Schließungen betrafen neben der Gastronomie²) und Hotellerie erneut auch große Teile des Handels und die körpernahen Dienstleistungen. Ab der Kalenderwoche 50 wurden die Maßnahmen im Handel (Weihnachtsgeschäft) und im Bereich der Dienstleistungen gelockert, die Einschränkungen für Restaurants und Hotels blieben jedoch weiter aufrecht.

Ab dem 26. Dezember traten die Regelungen aus dem zweiten Lockdown neuerlich in Kraft und blieben bis Anfang Februar 2021 (Kalenderwoche 5) aufrecht (dritter vollständiger Lockdown). Die Maßnahmen dämpften zu Jahresende erneut die wirtschaftliche Aktivität, vor allem in den

Dienstleistungsbereichen. Die Industrieproduktion stabilisierte sich hingegen. Das BIP sank im IV. Quartal um 2.7%.

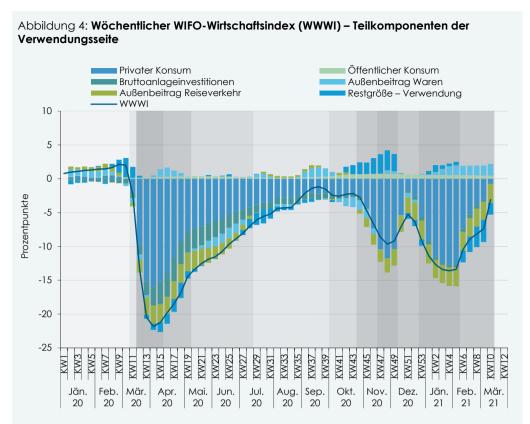
Die COVID-19-Pandemie schlug sich auch in den Vertrauensindikatoren des WIFO-Konjunkturtests nieder. Breit gestreut über die Sektoren Sachgütererzeugung, Bauwirtschaft und Dienstleistungen brachen im April 2020 sowohl der Index der aktuellen Lagebeurteilung als auch der Erwartungsindex ein. Der Gesamtindex erreichte in der Sachgütererzeugung etwa jenes Niveau, das er während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 hatte. Im Dienstleistungsbereich wurde es deutlich unterschritten. Im weiteren Jahresverlauf hellte sich die Stimmung auf.

Das Aktivitätsniveau der österreichischen Wirtschaft unterlag 2020 großen Schwankungen, nicht zuletzt aufgrund des Wechsels von behördlichen Schließungs- und Lockerungsmaßnahmen. Um solche unterjährigen Veränderungen der Wirtschaftsleistung genauer abbilden zu können, entwickelte das WIFO den Wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI). Er misst auf wöchentlicher Basis die realwirtschaftliche Aktivität der österreichischen Volkswirtschaft im Vorjahresvergleich und zeigt den Beitrag der wichtigsten Nachfragekomponenten (Abbildung 4).

Seit Inkrafttreten des ersten Lockdown Mitte März 2020 lag der WWWI durchwegs unter dem Vorjahresniveau, wobei sich Verschärfungen in Form von Rückgängen und Lockerungsschritten in einer Erholung der wirtschaftlichen Aktivität niederschlugen. Vor allem die Konsumausgaben der privaten Haushalte reagierten empfindlich auf die gesundheitspolitischen Maßnahmen und trugen maßgeblich zum Rückgang der Wirtschaftsleistung bei.

Der private Konsum (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) nahm 2020 um 9,6% ab. Die öffentliche Konsumnachfrage wuchs hingegen um 1,6%. Damit ging der Konsum insgesamt um 6,5% zurück. Auch die Unternehmen schränkten ihre Nachfrage ein. Die Bruttoanlageinvestitionen sanken um 4,9% gegenüber dem Vorjahr. Vor allem die volatilen Ausrüstungsinvestitionen waren stark rückläufig (–11,1%). Die Bauinvestitionen entwickelten sich durchwegs stabiler und sanken nur um 3,3%. Die sonstigen Investitionen, welche überwiegend geistiges Eigentum wie Forschung und Entwicklung sowie Computerprogramme und Urheberrechte umfassen, wurden hingegen um 1,6% ausgeweitet.

Eine Abholung von Speisen und Getränken war weiterhin möglich.



Q: WIFO; Statistik Austria; University of Oxford, Blavatnik School of Government. Die grau hinterlegten Bereiche zeigen die Intensität der in Österreich zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie getroffenen gesundheitspolitischen Maßnahmen laut Stringency Index der Blavatnik School of Government. Dieser Index wird in fünf Intensitätsstufen dargestellt: keine bzw. geringe Einschränkungen . . . lichtgrau: unter 20, 20 bis 40, 40 bis 60, 60 bis 80, starke Einschränkungen . . . dunkelgrau: über 80.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschaftskrise ging 2020 auch der Außenhandel zurück. Die Exporte nahmen um 10,4% ab. Zu diesem Rückgang trug sowohl der Waren- als auch der Dienstleistungsexport bei. Im Bereich Waren setzte ab der Jahresmitte eine Erholung ein, während die Dienstleistungsexporte – aufgrund der Einbußen im Reiseverkehr während der touristischen Win-

tersaison – zu Jahresende weiter einbrachen. Die Importe sanken mit –10,2% etwas schwächer als die Exporte. Damit trug der Außenhandel zum BIP-Rückgang bei. Dem internationalen Konjunkturbild entsprechend, stiegen sowohl die Waren- als auch die Dienstleistungsimporte im III. und IV. Quartal gegenüber dem Vorquartal.

Übersicht 2: **Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage** Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2017	2018	2019	2020
		Veränderung geg	jen das Vorjahr in 9	%
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,0	- 6,5
Private Haushalte ¹)	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	- 9,6
Staat	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6
Bruttoinvestitionen	+ 4,4	+ 5,3	+ 0,8	- 5,9
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,0	- 4,9
Ausrüstungen²)	+ 7,3	+ 3,2	+ 4,7	- 11,1
Bauten	+ 2,5	+ 3,6	+ 3,6	- 3,3
Sonstige Anlagen ³)	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,6	+ 1,6
Inländische Verwendung	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,1	- 6,4
Exporte	+ 4,9	+ 5,5	+ 2,9	- 10,4
Importe	+ 5,3	+ 5,0	+ 2,4	- 10,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,4	- 6,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Übersicht 3: Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten zum BIP, real

		2017	2018	2019	2020
			Prozen	tpunkte	
Konsumausgaben insgesamt		+ 1,2	+ 0,8	+ 0,7	- 4,6
Private Haushalte ¹)		+ 1,0	+ 0,6	+ 0,4	- 4,9
Staat		+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Bruttoinvestitionen		+ 1,1	+ 1,3	+ 0,2	- 1,5
Bruttoanlageinvestitionen		+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	- 1,2
Ausrüstungen²)		+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	- 0,9
Bauten		+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	- 0,4
Sonstige Anlagen ³)		+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1
Inländische Verwendung		+ 2,4	+ 2,1	+ 1,1	- 6,2
Exporte		+ 2,6	+ 3,0	+ 1,6	- 5,8
Importe		- 2,6	- 2,6	- 1,3	+ 5,3
Bruttoinlandsprodukt	in %	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,4	- 6,6

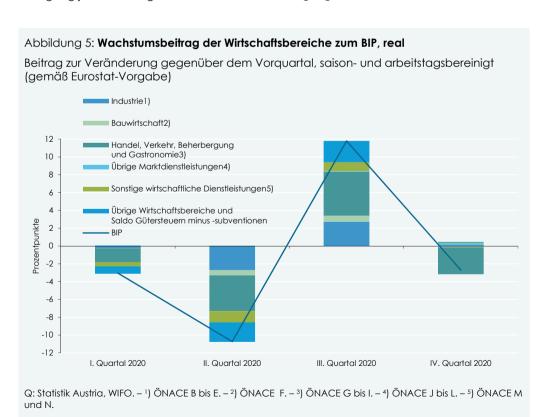
Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Vor allem in kontaktintensiven Wirtschaftsbereichen ging die Wertschöpfung 2020 deutlich zurück.

Der Ausfall der Konsumnachfrage führte zu Wertschöpfungseinbußen in den Bereichen Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie, persönliche Dienstleistungen sowie Kunst, Unterhaltung und Erholung. Vor allem im II. Quartal 2020 war in diesen Branchen ein kräftiger Einbruch zu verzeichnen. Nach einem Rebound im III. Quartal ging die Wertschöpfung im IV. Quartal erneut zurück. Im Bereich Beherbergung und Gastronomie nahm sie im Gesamtjahr 2020 um 35,2% ab. Damit trug diese Branche maßgeblich zum BIP-Rückgang in der Gesamtwirtschaft bei. In den sonstigen Dienstleistungen schrumpfte die Wertschöpfung um 19,6%, aufgrund des geringen Anteils dieser Branche an der Gesamtwertschöpfung fiel dieser Rückgang jedoch weniger stark ins Gewicht.

Im Verkehr sank die Wertschöpfung um 15,5%.

Als krisenresistent erwiesen sich hingegen die weniger kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen: In den Bereichen Information und Kommunikation (+1,8%), Finanz-, Kredit- und Versicherungswesen (+2,5%), Grundstücksund Wohnungswesen (+1,9%) sowie öffentliche Verwaltung (ÖNACE-Abschnitte O bis Q, +0,3%) nahm die Wertschöpfung 2020 zu. In der Bauwirtschaft sank sie um 2,3%. Die heimische Industriekonjunktur entsprach der internationalen Entwicklung; der Tiefpunkt war im II. Quartal erreicht, in der zweiten Jahreshälfte folgte eine Erholung. Insgesamt ging die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung 2020 um 7,2% zurück.



Übersicht 4: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2017	2018	2019	2020
	V	eränderung geg	en das Vorjahr i	n %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 5,3	+ 3,5	- 0,8	- 2,9
Bergbau, Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	+ 4,0	+ 4,9	+ 1,0	- 6,9
Herstellung von Waren	+ 3,7	+ 5,3	+ 0,7	- 7,2
Bauwesen	+ 3,3	+ 1,8	+ 2,7	- 2,3
Handel	+ 0,1	+ 2,9	+ 0,6	- 5,6
Verkehr	+ 4,0	+ 1,4	+ 1,6	- 15,5
Beherbergung und Gastronomie	+ 0,7	+ 1,3	+ 2,1	- 35,2
Information und Kommunikation	+ 2,1	+ 9,8	+ 3,7	+ 1,8
Kredit- und Versicherungswesen	+ 5,6	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,9
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹)	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,1	- 11,6
Öffentliche Verwaltung²)	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,3
Sonstige Dienstleistungen³)	+ 2,1	- 0,4	+ 0,7	- 19,6
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴)	+ 2,5	+ 2,8	+ 1,4	- 6,4
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,4	- 6,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE M und N). – 2) Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE O bis Q). – 3) Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, persönliche Dienstleistungen, private Haushalte (ÖNACE R bis U). – 4) Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Aufgrund des drastischen Anstieges der Staatsausgaben und des Einnahmenrückgangs stieg das öffentliche Defizit 2020 auf 8,9% des nominellen BIP – der höchste Wert seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1954. Damit endete die günstige Entwicklung der Vorjahre abrupt (Überschuss 2019: 0,6% des BIP). Die Staatsschulden stiegen erneut an und waren Ende 2020 mit 315,2 Mrd. € (83,9% des BIP) um 34,8 Mrd. € höher als Ende 2019. Auf der Ausgabenseite erhöhten expansive fiskalpolitische Maßnahmen wie die Kurzarbeit, der Fixkostenzuschuss oder der Umsatzersatz das Defizit. Auf der Einnahmenseite sanken das direkte Steueraufkommen, die Produktions- und Importabgaben sowie die Sozialbeiträge.

Die COVID-19-Krise belastete auch den heimischen Arbeitsmarkt. Im Jahr 2020 sank die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 2,0%. Besonders hoch waren die Rückgänge im Tourismus (-19,2%) und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (-7,5%; vgl. Bock-Schappelwein et al., 2021). Die Arbeitslosenquote stieg um 2,5 Prozentpunkte auf einen neuen Höchstwert von 9,9%. Durch die Ausweitung der Kurzarbeit konnte ein noch stärkerer Beschäftigungsrückgang verhindert werden (Huemer et al., 2021). Mit über 1,0 Mio. abgerechneten Kurzarbeitsfällen wurde der Höhepunkt der Nutzung im April 2020 erreicht. Bis Ende Oktober sank die Anzahl der Personen in Kurzarbeit auf rund 80.000 und stieg im Zuge des Lockdown im November wieder an. Ende Dezember war für rund 420.000 Personen Kurzarbeit genehmigt (Budgetdienst, 2021).

3.2 Kurzarbeit stützte die Einkommen

Die Lockdown-Maßnahmen prägten 2020 die Arbeitsmarktentwicklung. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ging zurück, das Arbeitsvolumen sank insgesamt wie auch pro Kopf. Darüber hinaus befand sich ein erheblicher Anteil der Beschäftigten in Kurzarbeit. Die genannten Faktoren wirkten sich auf die Lohnentwicklung im Jahr 2020 aus. Neben den kollektivvertraglichen Mindestlöhnen beeinflussten die krisenbedingte Reduktion der tatsächlichen Arbeitszeit pro Kopf und das Instrument der Kurzarbeit die Lohnentwicklung der unselbständig Beschäftigten. Dementsprechend unterschiedlich war die Lohndynamik, sowohl im Jahresverlauf als auch zwischen den Branchen, insbesondere ab dem II. Quartal. Während Branchen mit relativ stabilen Beschäftigungszahlen (Energieversorgung, Bauwirtschaft, öffentliche Verwaltung, Erziehungs- und Gesundheitswesen) Lohnsteigerungen verzeichneten, blieben diese in Bereichen aus, in denen ein hoher Anteil der Ausfallstunden durch Kurzarbeit abgedeckt wurde (Beherbergung und Gastronomie, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen, Handel).

Die Kollektivvertragsabschlüsse, ihrerseits vom konjunkturellen Umfeld 2019 geprägt, waren 2020 somit nur für einen Teil der effektiven Lohnentwicklung verantwortlich. Aufgrund der Abschwächung der Konjunktur 2019 einigten sich die Sozialpartner auf – im Vergleich zu den Lohnrunden für 2019 – deutlich geringere Abschlüsse. In den Fachverbänden der Metallindustrie, deren Abschluss traditionell die Herbstlohnrunde ein-

Die COVID-19-Krise hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte und den Arbeitsmarkt.

Die Tariflöhne stiegen 2020 deutlich kräftiger als die effektiven Löhne pro Kopf. läutet und mit Jahresbeginn 2020 wirksam wurde, verständiaten sich die Tarifpartner auf eine Anhebung der Ist-Löhne und Ist-Gehälter bzw. der Kollektivverträge um +2,6% bis +2,8%. Der Abschluss lag damit um 0,8 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Den Beschäftigten stand es weiterhin frei, anstatt einer Lohnerhöhung ihre Arbeitszeit bei gleichem Lohn zu verkürzen; im Fall einer Vollzeitbeschäftigung ergibt sich so ein zusätzlicher monatlicher Freizeitanspruch von 3 Stunden und 45 Minuten. Der Abschluss für 2020 war für alle Fachverbände der Metallindustrie gleich. Darüber hinaus wurde in der Metallindustrie der Mindestlohn um 4,46% auf einheitlich 2.000 € angehoben. Auch für den öffentlichen Dienst konnte ein Abschluss erzielt werden; die Gehaltssteigerungen lagen zwischen 2,25% und 3,05%. Für den Handel wurde eine gestaffelte Erhöhung um 2,2% bis 2,5% vereinbart. Die Frühjahrslohnrunden 2020 standen bereits im Zeichen der

COVID-19-Krise. Die Tarifparteien einigten sich auf Abschlüsse nahe an der Inflationsrate. Der Abschlüss in der von den behördlichen Maßnahmen stark betroffenen Tourismus- und Freizeitwirtschaft war bis zum 30. April 2020 gültig. Im Zusatzkollektivvertrag wurde für November 2020 eine einmalige Corona-Zulage in Höhe von 100 € netto festgelegt.

Laut Tariflohnindex stiegen die Mindestlöhne 2020 im gewichteten Durchschnitt um 2,4% (Übersicht 5). In den Bereichen Gewerbe und Handwerk (Gewicht ein Fünftel), Industrie und öffentlicher Dienst (Gewicht jeweils ein Sechstel) stiegen die Indexwerte zwischen 2,4% und 2,5%. Mit +1,1% deutlich unterdurchschnittlich war die Lohnentwicklung im Bereich Tourismus und Freizeitwirtschaft, da es hier krisenbedingt zu keinem Neuabschluss per 1. Mai 2020 gekommen war.

Übersicht 5: Entwicklung der kollektivvertraglichen Mindestbezüge

		Tariflohnindex 2016					
	Gewichtung	Beschäftigte insgesamt					
		2019	2020				
		Veränderung geg	gen das Vorjahr in %				
Tariflohnindex insgesamt	1,000.000	+ 3,0	+ 2,4				
Ohne öffentlichen Dienst	837.726	+ 3,0	+ 2,3				
Gewerbe und Handwerk	196.327	+ 3,1	+ 2,5				
Industrie	163.994	+ 3,2	+ 2,4				
Handel	127.187	+ 2,6	+ 2,3				
Transport und Verkehr	54.763	+ 3,6	+ 2,0				
Tourismus und Freizeitwirtschaft	49.712	+ 2,6	+ 1,1				
Banken und Versicherungen	37.035	+ 2,9	+ 2,2				
Information und Consulting	67.321	+ 2,9	+ 2,3				
Öffentlicher Dienst	162.274	+ 3,1	+ 2,4				

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen auf Basis des Tariflohnindex 2016.

Die Kurzarbeitsbeihilfe stützte die Pro-Kopf-Einkommen deutlich. Die effektiven Löhne entwickelten sich 2020 allerdings merklich schwächer als die gesetzlichen Mindestlöhne und sehr heterogen. Besonders in stark von Arbeitszeitreduktionen betroffenen Branchen wich die tatsächliche Lohnentwicklung von den Tariflohnabschlüssen ab. Die Pro-Kopf-Einkommen stiegen nominell um durchschnittlich 0,6% und damit deutlich schwächer als laut Tariflohnindex (+2,4%). Eine so hohe negative Lohndrift (1,8 Prozentpunkte) gab es zuletzt im Jahr 2009.

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme betrug 2020 156,2 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr sank sie mit –1,8% (Übersicht 6) weniger stark als die Zahl der unselbständig Beschäftigten (–2,3%), wobei die Kurzarbeit den Rückgang dämpfte. Die österreichischen Unternehmen bezogen 2020 für rund 1,2 Mio. Beschäftigte Kurzarbeitsbeihilfen, davon 43% Frauen und 57% Männer (abgerechnete Fälle Stand 26. 1. 2021, AMS, 2021). Von März bis November 2020 befanden sich durchschnittlich 11,8% der unselbständig aktiv Beschäftigten in Kurzarbeit. Die durchschnittliche Ausfalls-

zeit betrug 43% der jeweiligen Normalarbeitszeit (AMS, 2021). Die Nettoersatzrate für die Ausfallstunden richtet sich nach dem Bruttoverdienst der Beschäftigten: Bei einem Bruttoentgelt vor Kurzarbeit von unter 1.700 € beträgt sie 90%, zwischen 1.700 € und 2.685 € 85% und bei höheren Verdiensten 80% (bis zur Höchstbeitragsgrundlage von 5.370 € im Jahr 2020). Die Kurzarbeitsunterstützung federte somit für viele Beschäftigte die mit den Ausfallzeiten verbundenen Verdiensteinbu-Ben ab und stützte die Pro-Kopf-Einkommen wie auch die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme. Da die Kurzarbeitsunterstützung Teil der monatlichen Bezüge ist, stiegen 2020 die Einkommen je tatsächlich geleistete und vom Arbeitgeber abgegoltene Arbeitsstunde mit +8,5% außergewöhnlich kräftig.

Durch den progressiven Einkommensteuertarif wachsen die Nettolöhne und -gehälter tendenziell schwächer als die Bruttolöhne. Während 2019 die Brutto- und Nettogehälter pro Kopf nahezu im selben Ausmaß stiegen (+2,9%), dürften die vorgezogene Tarifreform, der Familienbonus und die Kurzarbeit

dazu beigetragen haben, den krisenbedingten Rückgang im Wachstum der Nettolöhne im Vergleich zu jenem der Bruttolöhne zu dämpfen: Der nominelle Zuwachs pro Kopflag netto bei 1,2% (brutto +0,6%). Da die

Verbraucherpreise 2020 um 1,4% stiegen, mussten die unselbständig Beschäftigten im Durchschnitt leichte Nettoreallohnverluste von 0.2% hinnehmen.

Übersicht 6: Entwicklung der Löhne und Gehälter

	2018	2019	2020
	Verö	anderung gegen das Vorj	ahr in %
Löhne und Gehälter, insgesamt			
Brutto	+ 5,0	+ 4,4	- 1,8
Netto ¹)	+ 4,5	+ 4,5	- 1,2
Beschäftigte²)	+ 2,2	+ 1,5	- 2,3
Löhne und Gehälter pro Kopf²)			
Brutto nominell	+ 2,7	+ 2,9	+ 0,6
Brutto real ³)	+ 0,7	+ 1,3	- 0,8
Netto nominell¹)	+ 2,2	+ 2,9	+ 1,2
Netto real ¹) ³)	+ 0,2	+ 1,4	- 0,2
Geleistete Arbeitsstunden pro Kopf²)	- 0,1	+ 0,6	- 7,3
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde			
Brutto nominell	+ 2,8	+ 2,3	+ 8,5
Brutto real³)	+ 0,8	+ 0,8	+ 7,0
Netto nominell¹)	+ 2,3	+ 2,4	+ 9,1
Netto real ¹) ³)	+ 0,3	+ 0,9	+ 7,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Laut WIFO-Konjunkturprognose vom März 2021. – 2) Je unselbständiges Beschäftigungsverhältnis. – 3) Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (VPI).

3.3 Kräftiger Einbruch der Konsumnachfrage

Nach vorläufigen Zahlen von Statistik Austria lagen 2020 die Ausgaben der inländischen privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) um real –9,6% unter dem Vorjahresniveau (Übersicht 7). Nominell entspricht dies einer Verringerung um 8,6%. Damit ist der Rückgang der Konsumnachfrage um 17,6 Mrd. € für rund vier Fünftel des gesamten BIP-Einbruchs verantwortlich.

Der Nachfragerückgang war einerseits Folge eines negativen Angebotsschocks: Temporäre Schließungen der meisten Handels- und Dienstleistungsbetriebe in den Lockdown-Phasen lösten eine Art Zwangssparen der privaten Haushalte aus. Andererseits wirkte das unsichere Umfeld deutlich dämpfend auf die Konsumausgaben (negativer Nachfrageschock): Die privaten Haushalte reagierten vermehrt mit Vorsichtssparen, sowohl auf die hohe Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, die sich häufig auf die individuelle Einkommenssituation auswirkte, als auch auf die Ungewissheit über den weiteren Verlauf der Pandemie. Die Sparquote stieg von 8,2% im

Jahr 2019 auf 14,5% im Jahr 2020 (+13,5 Mrd. €) – ein im langjährigen Vergleich sehr hoher Wert.

Einkommensstützende Maßnahmen wie etwa die Kurzarbeitsbeihilfe bzw. -unterstützung, Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung, der Corona-Familienhärtefonds, der Härtefallfonds für Selbständige oder die vorgezogene Senkung des Eingangssteuersatzes bei der Lohn- und Einkommensteuer konnten insgesamt die Einkommensausfälle 2020 nicht zur Gänze kompensieren³). Die verfügbaren Haushaltseinkommen sanken erstmals seit 1995 auch nominell (–1,9%; real –3,0%)4).

Wie die Darstellung der Konsumnachfrage nach Güterarten zeigt (Übersicht 8), war der Rückgang im Bereich des Dienstleistungskonsums am kräftigsten (real –14,7%). Dies geht maßgeblich auf Konsumeinschränkungen in der Gastronomie, bei Reisen und in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit sowie persönliche Dienstleistungen zurück. Die Konsumausgaben für Waren des täglichen Bedarfs (vor allem Lebensmittel) nahmen kräftig zu. Die Nachfrage nach nichtdauer-

2,0% zurück. Der Saldo der Vermögenseinkommen verminderte sich um gut 40%, die an die privaten Haushalte ausbezahlten monetären Sozialleistungen stiegen um 8,9% und das Einkommen- und Vermögensteueraufkommen sank um 7,2%. Die Sozialbeiträge der privaten Haushalte stagnierten annähernd (+0,2%). Im Langzeitvergleich handelt es sich bei den genannten Veränderungsraten durchwegs um Tiefst- bzw. Höchstwerte.

Stark rückläufig waren 2020 insbesondere die Ausgaben für Dienstleistungen (z. B. Restaurantbesuche und Reisen) sowie für Waren, die nicht zum täglichen Bedarf zählen (z. B. Bekleidung und Schuhe, Pkw).

Der drastische Konsumausfall bei zugleich relativ stabilen verfügbaren Haushaltseinkommen bewirkte einen Anstieg der Sparquote auf 14,5%. Die Kurzarbeitsbeihilfe und andere fiskalpolitische Maßnahmen stützten die Haushaltseinkommen.

³) Eine Ex-ante-Analyse der Wirkungen der im Zuge der COVID-19-Krise beschlossenen Maßnahmen zur Stützung der Einkommen und der Investitionstätigkeit auf der Mikro-, der Makro- und der sektoral-regionalen Ebene findet sich in Baumgartner et al. (2020).

⁴) Nach vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria (Stand 1. 4. 2021) sanken die Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2020 nominell um 1,8%. Der Betriebsüberschuss und die Selbständigeneinkommen gingen um

haften Konsumgütern, worunter auch Lebensmittel fallen, war 2020 dennoch rückläufig (real -5,5%), hauptsächlich aufgrund deutlich geringerer Ausgaben für Treibstoffe infolge der eingeschränkten Mobilität der privaten Haushalte. Die Ausgaben für halbdauerhafte bzw. dauerhafte Konsumgüter sanken 2020 dagegen nur geringfügig. Für diese Bereiche wäre aufgrund der schwachen Einkommensentwicklung ein deutlicher Rückgang zu erwarten gewesen, da die privaten Haushalte in wirtschaftlich unsicheren Phasen üblicherweise teure Anschaffungen hintanstellen. Während dies auf die Pkw-Neukäufe zutraf, nahmen 2020 die Konsumausgaben für Möbel, Einrichtungen, Haushaltsgeräte, EDV-Ausstattung oder Sportgeräte teils kräftia zu – was das veränderte Konsumverhalten durch den vermehrten Aufenthalt zu Hause widerspiegelt. Im Aggregat ergibt sich für den Inlandskonsum ein Rückgang um 9,6% (real). Der Inländerkonsum sank real um 9,8%. Zu dessen Berechnung wird der Inlandskonsum um Ausgaben erweitert, die in Österreich wohnhafte Personen im Ausland tätigen, und um die Konsumausgaben ausländischer Touristinnen und Touristen im Inland vermindert. Aufgrund von Reisebeschränkungen und geschlossenen Beherbergungsbetrieben war beides stark rückläufig (real -69,6% bzw. -39,5% gegenüber 2019, Übersicht 8).

Übersicht 7: Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Konsumquote

	Privater K	onsum ¹)	Persönlich verfügl	Konsumquote ²)				
	Nominell	Real ³)	Nominell	Real³)				
	Veränderung in % p. a.							
Ø 2008/2012	+ 2,8	+ 0,9	+ 1,8	- 0,1	+ 1,0			
Ø 2012/2016	+ 2,3	+ 0,6	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,3			
Ø 2016/2020	+ 0,1	- 1,5	+ 2,0	+ 0,3	- 1,9			
2017	+ 3,8	+ 1,9	+ 3,4	+ 1,6	+ 0,3			
2018	+ 3,2	+ 1,1	+ 3,5	+ 1,4	- 0,3			
2019	+ 2,7	+ 0,8	+ 3,2	+ 1,3	- 0,5			
2020	- 8,6	- 9,6	- 1,9	- 3,0	- 6,8			

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. -1) Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. -2) Konsum in % des persönlichen verfügbaren Einkommens. -3) Berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

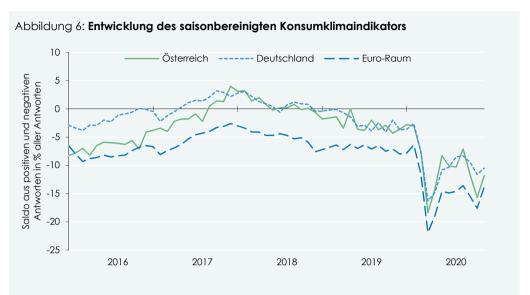
Übersicht 8: **Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich**Real (auf Basis von Vorjahrespreisen)

	Ø 2008/ 2012	Ø 2012/ 2016	Ø 2016/ 2020	2017	2018	2019	2020
			Verä	nderung in %	p. a.		
Inlandskonsum	+ 0,8	+ 0,6	- 1,6	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,0	- 9,6
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,4	- 0,2	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,0	- 0,4	- 0,5
Halbdauerhafte Konsumgüter	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,0	- 0,4
Nichtdauerhafte Konsumgüter	- 0,2	+ 0,1	- 0,8	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,6	- 5,5
Dienstleistungen	+ 1,0	+ 0,7	- 2,8	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,5	-14,7
Konsum von Touristinnen und Touristen in Österreich	- 1,0	+ 2,0	- 9,7	+ 2,6	+ 4,1	+ 3,1	-39,5
Konsum von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland	- 1,4	+ 0,8	- 22,5	+ 9,3	+ 8,5	+ 0,0	- 69,6
Inländerkonsum¹)	+ 0,9	+ 0,5	- 1,7	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,8	- 9,8
Konsum privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 1,8	+ 3,0	+ 1,0	+ 3,8	+ 3,3	+ 1,9	- 4,6
Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 0,9	+ 0,6	- 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	- 9,6
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,5	- 0,1	+ 0,5	+ 2,0	+ 1,1	- 0,4	- 0,5
Inländerkonsum ohne dauerhafte Konsumgüter	+ 0,7	+ 0,6	- 1,8	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,0	- 10,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Inlandskonsum abzüglich des Konsums von Touristinnen und Touristen in Österreich zuzüglich des Konsums von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland.

Das Konsumentenvertrauen, das dem Verlauf der COVID-19-Pandemie folgte, schwankte im Jahresverlauf 2020 deutlich: Zu Jahresbeginn lag der saisonbereinigte Saldo des harmonisierten EU-Konsumklimaindikators bei –2,8 Prozentpunkten. Während des ersten Lockdown verschlechterte sich

der Wert im April auf bis zu –18,4 Prozentpunkte. Danach folgte eine Erholung bis September (–7,1 Prozentpunkte), bevor das Konsumentenvertrauen im zweiten Lockdown wieder auf knapp –16 Prozentpunkte zurückging. Die Einschätzungen der Konsumentinnen und Konsumenten fielen in Österreich ähnlich aus wie in Deutschland. Während der Lockdown-Phasen – vor allem im Herbst – brach der Indikator in Österreich jedoch stärker ein. Darin spiegelt sich die unterschiedliche Lockdown-Intensität (Abbildung 6).



Q: Eurostat. Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten zur vergangenen und künftigen finanziellen Situation des Haushaltes, zur Ansicht über die künftige allgemeine Wirtschaftslage und zu geplanten größeren Anschaffungen. Saisonbereinigt durch Eurostat mittels Dainties.

Übersicht 9: Entwicklung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz)
		Veränderung geg	en das Vorjahr in %	
Umsätze, nominell				
2018	+ 3,7	+ 2,1	+ 4,9	+ 2,4
2019	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 2,1
2020	- 5,3	- 10,7	- 7,0	+ 0,1
Umsätze, real				
2018	+ 1,3	+ 0,7	+ 2,1	+ 0,3
2019	+ 0,6	- 1,2	+ 0,6	+ 1,2
2020	- 4,8	- 12,5	- 5,3	- 0,2
Preise (Ø 2015 = 100)				
2018	+ 2,3	+ 1,4	+ 2,7	+ 2,1
2019	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,9
2020	- 0,5	+ 2,0	- 1,8	+ 0,4
Beschäftigung				
2018	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 0,8
2019	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,9	- 0,4
2020	- 1,7	- 1,8	- 1,5	- 1,8

Q: Statistik Austria.

Auch die für den Konsum relevanten Bereiche des Handels mussten durch die COVID-19-Pandemie 2020 teils drastische Umsatzeinbußen hinnehmen. Für den Handel insgesamt bedeutet dies einen kräftigen Umsatzrückgang (real –4,8%, nominell –5,3%). Besonders stark fiel dieser aufgrund des Nachfrageeinbruchs bei Pkw-Neuanschaffungen (vor allem in den Monaten März bis August) im Kfz-Handel aus (im Vergleich zu

2019 –24,5% bzw. rund –80.000 Stück). Auch im Großhandel ging der Umsatz zurück (real –5,3%, nominell –7,0%). Insbesondere die Schließungen der Gastronomie und der Beherbergungsbetriebe wirkten sich negativ auf die Geschäftsaktivitäten im Großhandel aus. Im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) stagnierte der Umsatz, was jedoch zwei gegenläufigen Entwicklungen geschuldet ist: Während der Lebensmitteleinzelhandel

Die Inflationsrate betrug 2020 1,4%. Vor allem unverarbeitete Nahrungsmittel und Dienstleistungen verteuerten sich überdurchschnittlich stark. Mineralölprodukte dämpften hingegen markant den gesamten

Preisauffrieb.

(einschließlich z. B. Drogeriemärkte, Tabaktrafiken), der Waren für die Grundversorgung bereitstellt und nicht von Schließungsmaßnahmen betroffen war, kräftige, teils zweistellige Umsatzsteigerungen erzielte, gingen die Umsätze im Einzelhandel mit Nichtnahrungsmitteln, besonders im Bereich von Bekleidung und Schuhen, deutlich zurück (real -22,8%, nominell -24,0% gegenüber 2019). Andere Teilbereiche wie etwa Baumärkte, der Möbeleinzelhandel oder der Sporthandel (vor allem in den Sommermonaten) entwickelten sich positiv. Günstig war die Entwicklung auch im Internet-Einzelhandel. Die Beschäftigung war 2020 im Handel mit -1,7% weniger stark rückläufig als in der Gesamtwirtschaft (-2,0% unselbständig aktiv Beschäftigte, Übersicht 9).

3.4 Energie und Dienstleistungen bestimmten 2020 die Preisdynamik

Die Inflationsentwicklung war 2020 durch die COVID-19-Krise mitbeeinflusst. Der durch die Rezession ausgelöste Verfall der Rohölpreise führte ab März zu einem Rückgang der Preise für Mineralölprodukte (im Jahresdurchschnitt –13,9%, Inflationsbeitrag –0,5 Prozentpunkte). Die Energiepreise sanken aber lediglich um 5,6%, da die Strompreise um mehr als 5,5% stiegen.

Die Nahrungsmittelnachfrage nahm durch die behördlichen COVID-19-Maßnahmen zu: Ausgangsbeschränkungen, geschlossene Restaurants, Home-Office und Distance Learning machten gegenüber dem Vorjahr eine höhere Eigenversorgung notwendig. Durch Grenzschließungen kam es im Frühjahr zu einem Mangel an Arbeitskräften aus Osteuropa (Erntehelfer, Metzger), wodurch teilweise die Ernten nicht zur Gänze eingebracht bzw. Fleisch nicht verarbeitet werden konnte und sich das Angebot verknappte. Die Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel stiegen im Jahresdurchschnitt um 3,5%.

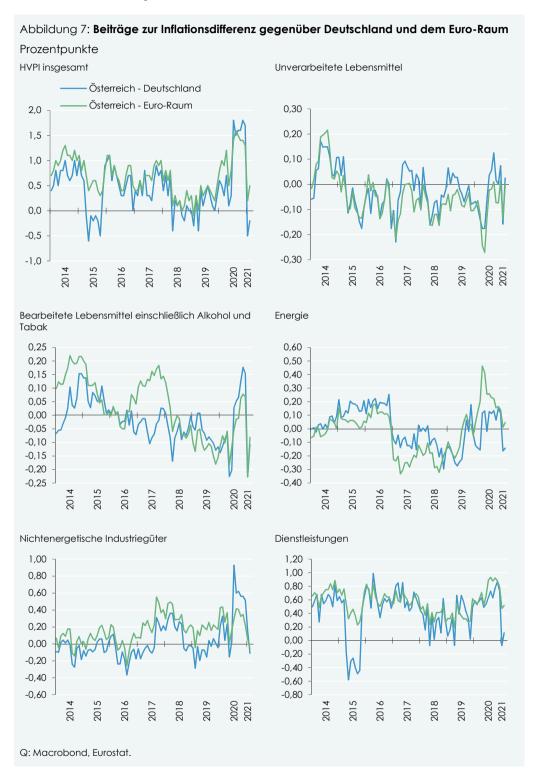
Die industriellen Güter (ohne Energie) verteuerten sich nur geringfügig um 1,3%, u. a. bedingt durch eine Stagnation der Preise für Bekleidung und Schuhe (–0,1%). Durch den ersten Lockdown wurden unmittelbar nach dem Kollektionswechsel zur Frühjahrs- bzw. Sommerware die Geschäfte geschlossen. Im Zuge der Öffnung wurde praktisch schon ab Mai statt wie üblich ab Juni mit dem Sommerschlussverkauf begonnen, der aufgrund der schleppenden Nachfrage bis August andauerte. Im Zuge der Öffnung nach dem zweiten Lockdown wurden bereits im Dezember die Preise reduziert.

Übersicht 10: **Entwicklung des Verbraucherpreisindex** Gliederung nach dem Konsumzweck

	2010	2015	2018	2019	2020
		Veränderung	g gegen da	s Vorjahr in S	%
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 1,9	+ 0,9	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4
Kerninflationsrate des VPI ¹)	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 0,6	+ 1,1	+ 2,6	+ 0,3	+ 2,9
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 3,4	- 1,3	+ 4,2	+ 0,7	- 0,6
Gebühren und Tarife	+ 0,9	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,6
COICOP-Gruppen					
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,3
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 2,0	+ 3,1	+ 3,8	+ 1,0	+ 1,2
Bekleidung und Schuhe	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,8	- 0,1
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,6	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,3
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,1	+ 0,9
Gesundheitspflege	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,0
Verkehr	+ 3,4	- 3,0	+ 2,9	+ 0,3	- 1,7
Nachrichtenübermittlung	+ 1,9	+ 0,8	- 2,8	- 3,2	- 3,0
Freizeit und Kultur	+ 0,8	+ 1,8	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,7
Erziehung und Unterricht	- 4,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,0
Restaurants und Hotels	+ 1,1	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,1
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,1
Sondergliederung					
Unverarbeitete Nahrungsmittel²)	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,3	+ 3,5
Verarbeitete Nahrungsmittel³)	+ 0,1	+ 1,4	+ 2,5	+ 0,9	+ 1,3
Energie	+ 7,6	- 7,3	+ 5,2	+ 1,0	- 5,6
Industriegüter	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3
Dienstleistungen	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – 2) Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – 3) Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Wie schon in den letzten Jahren trugen auch 2020 die Dienstleistungspreise (+2,4%) überproportional zur Inflation bei: Mit einem Anteil von knapp 50% am Warenkorb waren sie für mehr als drei Viertel des gesamten Preisauftriebes verantwortlich. Getragen wurde diese Entwicklung neuerlich von den Wohnkosten (+3%; Mieten +4,1%) und von Bewirtungsdienstleistungen (+3,5%). Diese beiden Dienstleistungskomponenten erklären 65% des Preisanstieges der Dienstleistungen und über 50% des gesamten Preisauftriebes.



Die Kerninflationsrate (Gesamtinflation ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie, gemäß VPI) war aufgrund des relativ höheren Inflationsbeitrages der Dienstleistungen mit 1,9% etwas höher als die Inflationsrate

laut VPI. Die administrierten Preise (im VPI enthaltene Tarife und Gebühren, die von der öffentlichen Hand bestimmt werden) stiegen 2020 um 1,6%.

Der Preisauftrieb war in Österreich 2020 laut HVPI mit +1,4% deutlich höher als in Deutschland bzw. im Durchschnitt des Euro-Raumes, auch bedingt durch eine umfangreiche Mehrwertsteuersenkung in Deutschland.

Gemäß dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) betrua die Inflationsrate in Österreich im Jahr 2020 1,4% und war damit beträchtlich höher als in Deutschland (+1,0 Prozentpunkt) bzw. im Durchschnitt des Euro-Raumes (+1,1 Prozentpunkte). Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren vergrößerte sich der Abstand zu Deutschland und zum Euro-Raum erneut. Dies ergibt sich wesentlich aus dem unterschiedlichen Umfang wie auch der unterschiedlichen Intention der Mehrwertsteuersenkungen in Deutschland und Österreich, die in beiden Ländern ab 1. Juli 2020 in Kraft traten. In Deutschland wurden die Mehrwertsteuersätze für alle Kategorien mit dem Ziel gesenkt, die Preise zu reduzieren. Damit sollte die Kaufkraft der privaten Haushalte gestützt und die Konsumnachfrage angekurbelt werden. In Österreich wurde die Mehrwertsteuer lediglich für von der Pandemie besonders stark betroffene Bereiche gesenkt und als Maßnahme zur Liquiditätsstützung dieser Unternehmen eingeführt; Preissenkungseffekte wurden weder erwartet noch beobachtet.

Das Inflationsdifferential gegenüber Deutschland und dem Durchschnitt des Euro-Raumes lag im II. Quartal 2020 noch bei 0,4 bzw. 0,8 Prozentpunkten und vergrößerte sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich auf 1,7 bzw. 1,4 Prozentpunkte. Daneben wirkt der größere Inflationsabstand im Bereich der Bewirtung und Beherbergung weiter, der schon vor der Mehrwertsteuersenkung beträchtlich gewesen war. Zusätzlich ist das Gewicht dieser Positionen in Österreich mit 16% erheblich größer als in Deutschland (5,8%) bzw. im Durchschnitt des Euro-Raumes (10,1%), wodurch ihr Inflationsbeitrag in Österreich höher ausfällt.

Auf Basis der relativen Preisniveauindizes waren 2019 Konsumgüter (tatsächlicher Individualverbrauch) in Österreich um 10% teurer als in Deutschland und um 11,6% teurer als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Das Preisniveau in Österreich war damit das fünfthöchste im Euro-Raum; Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke waren 2020 nur in Luxemburg teurer als in Österreich.

4. Literaturhinweise

- Arbeitsmarktservice (AMS), Kurzarbeit sichert nachhaltig Arbeitsplätze und Know-how, Spezialthema zum Arbeitsmarkt, 2021, 1/2021, https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/berichte-und-auswertungen (abgerufen am 7. 4. 2021).
- Baumgartner, J., Fink, M., Moreau, C., Rocha-Akis, S., Lappöhn, S., Plank, K., Schnabl, A., Weyerstrass, K., Wirkung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Abfederung der COVID-19-Krise. Mikro- und makroökonomische Analysen zur konjunkturellen, fiskalischen und verteilungspolitischen Wirkung, WIFO, IHS, Wien, 2020, https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66958.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Hyll, W., "Beschäftigung 2020: Bilanz nach einem Jahr COVID-19-Pandemie", WIFO Research Briefs, 2021, (1), https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66814.
- Budgetdienst, Budgetvollzug Jänner bis November 2020 und COVID-19-Berichterstattung, Wien, 2021.
- Fink, M., Rocha-Akis, S., "Senkung des Eingangssteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer. Wirkung auf Steuerbelastung, Steueraufkommen und verfügbare Einkommen der privaten Haushalte", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(5), S. 393-402, https://monatsberichte.wifo.ac.at/66023.
- Huemer, U., Kogler, M., Mahringer, H., Kurzarbeit als Kriseninstrument in der COVID-19-Pandemie. Kurzexpertise zum Vergleich der Modelle ausgewählter europäischer Länder, WIFO, Wien, 2021, https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67020.
- Pekanov, A. (2021A), "Europäische Wirtschaftspolitik in der COVID-19-Krise. Zwischen Rettungspaketen und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(3), S. 193-203, https://monatsberichte.wifo.ac.at/67037.
- Pekanov, A. (2021B), "Geldpolitik und Kreditwesen in der COVID-19-Krise", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(4), S. 309-320, https://monatsberichte.wifo.ac.at/67136.
- Schiman, St., "Die Rezession 2020: Österreich im Ländervergleich", WIFO Research Briefs, 2021, (4), https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66933.